



f Elke Kahr

**Gemeinderat Graz:
Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!**

Gemeinderatssitzung 9. Juli 2015



GRAZ KPO informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Ist Investorenschutz wichtiger als Altstadtenschutz?

KPÖ-ANTRAG NICHT „DRINGLICH“ ?

Das Girardihaus in der Leonhardstraße ist trauriges Beispiel dafür, dass das Steiermärkische Baugesetz nicht ausreicht, um ein Haus vor dem Verfall zu schützen. „Immer mehr Menschen sind zu Recht der Meinung, dass in Graz der Investorenschutz ungleich wichtiger zu sein scheint, als der Schutz historischer Gebäude“, kritisiert KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr**.



„Die Methode einiger Spekulanten ist ja sattem bekannt: Man lässt ein Haus solange verfallen, bis – mangels Wirtschaftlichkeit einer Sanierung – ein Abriss von der Baubehörde bewilligt werden muss“, sagt Elke Kahr.

Um dem einen Riegel vorzuschieben, brachte KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** einen Dringlichkeitsantrag ein. Bis zu 50.000 Euro Strafe sollten Hauseigentümer zahlen müssen, wenn sie die Instandhaltungspflicht verletzen.

Viele historisch wertvolle Gebäude liegen außerhalb der Schutzzone und unterliegen nicht dem Denkmalschutz. „Der Kastelhof in Gries oder die Schreinervilla in Puntigam konnten deshalb abgerissen werden“, kritisiert Fabisch. Die KPÖ drängte deshalb darauf, einen einstimmigen Beschluss aus dem Jahr 2010 umzusetzen: Experten sollten einen Altstadtschutz-Kastaster erstellen.

Die Anliegen wurde von ÖVP und Freiheitlichen abgeschmettert. Sie erachteten das Problem als „nicht dringlich“.



Haus Girardigasse: Gefährdetes Altstadtobjekt

Elke Kahr

Entschlossene Schritte gegen Arbeitslosigkeit!



Mehr als 17.000 Menschen sind als arbeitssuchend gemeldet. Besonders alarmierend: Solche Zahlen wurden bis vor wenigen Jahren nicht einmal im Winter erreicht. Die Rekordarbeitslosigkeit in Graz erfordert entschlossene Maßnahmen und unorthodoxe Schritte der Verantwortlichen. Die Rezepte der großen Konzerne und ihrer Vertreter sind dabei Gift für die Arbeitsplätze, weil sie auf Lohnsenkung und Verschlechterungen bei den sozialen Rechten hinauslaufen. Bei der Politik dreht sich alles um die Rettung der Banken. Schicksale, die mit der Massenarbeitslosigkeit verbunden sind, werden anscheinend kommentarlos hingenommen. Wir brauchen eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und ein Investitionspaket für Infrastruktur, Bildung und Pflege. Bürokratische Hürden für kleine und mittlere Unternehmen müssen abgebaut werden.
IHRE KPÖ-STADTRÄTIN ELKE KAHR

Hochwasserschutz Bründlteiche

Das bereits errichtete Rückhaltebecken hat die Hochwassersituation entschärft. Weil der Bründlbach im Bereich der Kaserne direkt in den Kanal eingeschleust wird, kann es bei Starkregen aber nach wie vor zu Problemen kommen: „Im umliegenden Siedlungsbereich und direkt auf der Straßgangerstraße“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Ina Bergmann**. „Außerdem ist noch



heuer mit dem Baubeginn der »Green City« zu rechnen.“

Weil es immer wieder Fragen gibt, wie es weitergeht, hakte Bergmann im Gemeinderat nach. Baubeginn ist bereits

im August, brachte sie in Erfahrung. Das zweite Becken wird auf den Flächen der Landwirtschaftsschule Alt-Grottenhof umgesetzt.

Rad Generationenpark nach Anna Cadia benennen!

Erneut forderte die KPÖ, den Generationenpark in der Rankengasse nach der antifaschistischen Widerstandskämpferin und Fürsorgerin (Sozialarbeiterin) Anna Čadia zu benennen. Passiert ist es bislang noch nicht. KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** lässt nicht locker.



Keplerbrücke wird saniert

Mit Infofoldern und auf www.kpoe-graz.at wird über den Ablauf der Keplerbrückensanierung informiert. Weil es aber noch einige Unklarheiten gibt, fragte KPÖ-Gemeinderätin **Christine Braunersreuther** nach.

Unklar ist, wie Radfahrer in der ersten Phase der Baustelle die zweimalige Querung der Keplerstraße, zu der sie gezwungen sind, bewältigen sollen. Außerdem fehlt für das Stück zwischen Keplerbrücke und Neubaugasse ein Lösungsvorschlag dafür, wo die Radler fahren sollen, bevor sie an der Druckknopfampel queren können.

Der dortige Fußgängerweg ist für eine Doppelnutzung zu schmal.

Verkehrstadtrat Eustacchio: Der Geh- und Radweg wird nordseitig durchgehend in einer Breite von drei Metern geführt und der Geh- und Radweg zur Sicherung auf der gesamten Länge mit festen Gleitwänden von der Fahrbahn getrennt. Rote Bodenmarkierungen sollen die Querung erleichtern.



Linie 62 ausweiten!

Die Linie 62 gehört zu den stark frequentierten Buslinien im Grazer Stadtgebiet. Sie verbindet den Grazer Westen vom Bahnhof Puntigam bis hin zur Carnerigasse. „Aufgrund ihrer optimalen Nord-Süd-Verbindung wird sie von vielen Einkäufern genutzt“, so KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. An Samstagen wird der Betrieb jedoch bereits kurz nach 14 Uhr eingestellt. Auch sonntags fährt

sie nicht. Der Grazer Süden entlang der Gradnerstraße ist mit den Öffis dann nur sehr schwer oder gar nicht erreichbar – und das, obwohl dort zahlreiche Großsiedlungen entstanden und noch weitere geplant sind.

Sikora fordert eine Ausweitung des Betriebs der Linie 62.



Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (9.7.2015)

- ⇒ Mobile Kinderbetreuung für Flüchtlingskinder: Christine Braunersreuther
- ⇒ Maßnahmen gegen Lärmbelästigung: Elke Heinrichs

Robert Krotzer

Klassenkampf von oben



Die Mindestsicherung ist gerade in Zeiten von Rekordarbeitslosigkeit wichtig, um den sozialen Absturz hunderttausender Menschen in Österreich zu verhindern. Sie wird von Menschen, die trotz Arbeit von ihrem geringen Einkommen nicht leben können, ebenso bezogen wie von jenen, die aufgrund schwieriger Lebensumstände von unmittelbarer Verarmung bedroht sind. Auf dem Rücken sozial benachteiligter Menschen versuchten ÖVP und FPÖ politisches Kleingeld zu wechseln. Pauschal wurde Beziehern der Mindestsicherung „Missbrauch“ vorgeworfen, obwohl gerade hier die Kontrollen besonders streng sind.

Würde man die Steuertricks der Großkonzerne und der Superreichen ebenso streng prüfen, würden Millionen Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen fließen. Das Vorgehen von ÖVP und FPÖ ist „Klassenkampf von oben“ gegen die Menschen, die keine Lobby haben. Das zeigt sich auch daran, dass beide Parteien eine höhere Besteuerung von Vermögen über 1 Million Euro strikt ablehnen. Die KPÖ wird sich weiter für Vermögenssteuern und höhere Löhne, von denen man auch Leben kann, stark machen..

IHR KPÖ-GEMEINDERAT ROBERT KROTZER

Ratenkauf – auch für „Jahreskarte Graz“ um 228 Euro!

Die um 228 Euro erhältliche „Jahreskarte Graz“ ist ein wichtiger Schritt in Richtung leistbare Mobilität, den die KPÖ im Rahmen der Budgetverhandlungen mit ÖVP und SPÖ erreicht hat. Das Angebot ist ein voller Erfolg und wird von vielen angenommen. Mit 30.000 verkauften Karten rechnet die Holding Graz bis Jahresende – das sind um 6.000 Stück mehr als die angepeilten 24.000.

„Allerdings ist eine leider immer größer werdende Personengruppe von diesem Angebot weitgehend ausgeschlossen“, erklärt KPÖ-Gemeinderat **Robert Krotzer**.

Will man die Jahreskarte in Raten bezahlen, kostet sie nämlich 399 Euro. „Wieso sollen Menschen, die nur schwer größere Ausgaben machen können, 399 Euro zahlen?“, fragt Krotzer.

In der Gemeinderatssitzung forderte er, den Ratenkauf auch für die „Jahreskarte Graz“ um 228 Euro möglich zu machen. ÖVP-Stadtrat Rüscher meinte, dass der administrative Aufwand dafür sehr hoch sei. Er versicherte aber, dass die Holding Graz Modelle prüfen würde. „Die KPÖ bleibt weiter dran“, verspricht Krotzer.